



Plenarprotokoll

4. Sitzung

Donnerstag, 12. Januar 2017

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Gedenkwort		Antje Kapek (GRÜNE)	138
zum Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz	106	Ergebnis	143
Nachruf		2 Fragestunde	143
Berliner Ehrenbürger und Bundespräsident a. D. Roman Herzog	106	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	107	Umzug aus Turnhallen	143
Vom Senat ernannte Staatssekretärinnen und Staatssekretäre	107	Ulker Radziwill (SPD)	143
Dank an die entpflichteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre	107	Senatorin Elke Breitenbach	143
1 A a) Erklärung des Regierenden Bürgermeisters zum Thema „Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen.“	108	Ulker Radziwill (SPD)	144
b) Billigung der Richtlinien der Regierungspolitik	108	Senatorin Elke Breitenbach	144
Dringliche Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0073		Staatssekretär Holm	144
Regierender Bürgermeister		Sven Rissmann (CDU)	144
Michael Müller	108	Senatorin Katrin Lompscher	144
Florian Graf (CDU)	114	Sven Rissmann (CDU)	144
Raed Saleh (SPD)	120	Regierender Bürgermeister	
Georg Pazderski (AfD)	123	Michael Müller	145
Carola Bluhm (LINKE)	128	Heiko Melzer (CDU)	145
Peter Trapp (CDU)	133	Regierender Bürgermeister	
Carola Bluhm (LINKE)	133	Michael Müller	145
Sebastian Czaja (FDP)	133	Neue Plätze für die Kältehilfe	145
		Stefanie Fuchs (LINKE)	145
		Senatorin Elke Breitenbach	145
		Stefanie Fuchs (LINKE)	146
		Senatorin Elke Breitenbach	146
		Lars Düsterhöft (SPD)	146
		Senatorin Elke Breitenbach	146
		Radikalisierung von Strafgefangenen	146
		Canan Bayram (GRÜNE)	146
		Senator Dr. Dirk Behrendt	146
		Daniel Buchholz (SPD)	147
		Senator Dr. Dirk Behrendt	147

<p>4.2 Priorität der Fraktion Die Linke 170</p> <p>Berlin wird Fairtrade-Town 170</p> <p>Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/0077</p> <p>Marion Platta (LINKE) 170</p> <p>Stefan Evers (CDU) 171</p> <p>Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) 171</p> <p>Christian Buchholz (AfD) 172</p> <p>Torsten Schneider (SPD) 173</p> <p>Georg Kössler (GRÜNE) 173</p> <p>Florian Swyter (FDP) 175</p> <p>Ergebnis 175</p> <p>4.3 Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 175</p> <p>Die Stelle des Vertrauensanwalts/der Vertrauensanwältin zur Korruptionsbekämpfung stärken und zügig neu besetzen 175</p> <p>Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/0076</p> <p>Canan Bayram (GRÜNE) 176</p> <p>Sven Rissmann (CDU) 176</p> <p>Canan Bayram (GRÜNE) 177</p> <p>Sven Rissmann (CDU) 178</p> <p>Sven Kohlmeier (SPD) 178</p> <p>Dr. Hans-Joachim Berg (AfD) 179</p> <p>Sebastian Schlüsselburg (LINKE) 181</p> <p>Holger Krestel (FDP) 181</p> <p>Ergebnis 182</p> <p>4.4 Priorität der AfD-Fraktion 182</p> <p>22 Öffentlichkeitsfahndung 182</p> <p>Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/0068</p> <p>Dr. Gottfried Curio (AfD) 182</p> <p>Florian Dörstelmann (SPD) 183</p> <p>Sven Rissmann (CDU) 184</p> <p>Sebastian Schlüsselburg (LINKE) 185</p> <p>Holger Krestel (FDP) 185</p> <p>Benedikt Lux (GRÜNE) 186</p> <p>Dr. Gottfried Curio (AfD) 186</p> <p>Benedikt Lux (GRÜNE) 186</p> <p>Dr. Gottfried Curio (AfD) 187</p> <p>Benedikt Lux (GRÜNE) 187</p> <p>Ergebnis 188</p>	<p>4.5 Priorität der Fraktion der FDP 188</p> <p>20 Aufenthaltsrecht berechenbar ausgestalten – rot-rot-grüne Willkür verhindern 188</p> <p>Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/0065</p> <p>Holger Krestel (FDP) 188</p> <p>Frank Zimmermann (SPD) 189</p> <p>Burkard Dregger (CDU) 189</p> <p>Katina Schubert (LINKE) 190</p> <p>Holger Krestel (FDP) 191</p> <p>Katina Schubert (LINKE) 192</p> <p>Karsten Woldeit (AfD) 192</p> <p>Canan Bayram (GRÜNE) 193</p> <p>Ergebnis 194</p> <p>4.6 Priorität der Fraktion der SPD 194</p> <p>6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt 194</p> <p>Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0056</p> <p>Erste Lesung in Verbindung mit</p> <p>5 Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin (SODA ErrichtungsG) 194</p> <p>Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0055</p> <p>Erste Lesung</p> <p>Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen 194</p> <p>Torsten Hofer (SPD) 196</p> <p>Christian Goiny (CDU) 197</p> <p>Steffen Zillich (LINKE) 198</p> <p>Dr. Kristin Brinker (AfD) 199</p> <p>Anja Schillhaneck (GRÜNE) 200</p> <p>Sibylle Meister (FDP) 201</p> <p>Ergebnis 201</p> <p>8 Einführung eines Freiwilligen Polizeidienstes 201</p> <p>Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/0069</p> <p>Erste Lesung</p> <p>Derya Çağlar (SPD) 202</p> <p>Burkard Dregger (CDU) 203</p> <p>Marc Vallendar (AfD) 204</p> <p>Burkard Dregger (CDU) 204</p>
--	--

Florian Swyter (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch für mich ist es die erste Rede in diesem Hohen Haus. Ich freue mich auch darüber. Allerdings bin ich anders als mein Vorredner eher überrascht, über welches Thema ich heute zu sprechen habe.

[Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Ich teile die Überraschung meiner Kollegen aus der Opposition. Ich wundere mich darüber. Wir sind kilometerweit von einer funktionierenden Stadt entfernt.

[Heiterkeit bei der AfD]

Und der erste Antrag, den diese Regierungskoalition zum Thema Wirtschaftspolitik und Verwaltung vorzubringen hat, ist ein Thema „Wir retten die Welt“.

[Beifall bei der FDP und der AfD –
Zuruf von der AfD: Richtig!]

Das ist ein Beispiel dafür, wie Prioritäten in dieser Koalition und wohl dann leider auch in der Wirtschaftspolitik völlig falsch gesetzt werden, statt sich mit Themen wie digitale Vernetzung zu befassen – ich hätte so viele Themen, die auf der Agenda sind, und übrigens sogar bei Ihnen im Koalitionsvertrag stehen.

[Canan Bayram (GRÜNE): Wo sind denn Ihre Anträge?]

Warum haben Sie nicht eines der wichtigen Themen wie die Digitalisierung, die sogar in Ihrem Koalitionsvertrag verankert sind, als dringlichen Antrag eingebracht? Damit hätte ich gerechnet, darüber hätten wir uns gefreut. Das hätten wir übrigens auch unterstützt, aber nicht einen reinen Wohlfühlantrag Ihrer Koalition. Denn, das muss ich Ihnen auch sagen: Auch dieser Wohlfühlantrag Ihrer Koalition wird kein Wohlfühlklima in Ihrer Koalition herstellen.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Da sage ich Ihnen, da hilft auch dieser Antrag nicht. Dabei will ich ganz deutlich herausstellen, dass wir als FDP durchaus für fairen und auch freien Handel sind. Wir sind für funktionierenden Wettbewerb, und der setzt natürlich auch fairen Handel voraus. Wir unterstützen auch und sehen den richtigen Ansatz von Fairtrade durch Zertifizierung, Verbraucherinformation und Bewusstsein zu stärken.

Insofern ist es Ihnen natürlich unbenommen, sich selbst entsprechend zu verhalten und – Herr Evers hat das schon ausgeführt – das von unten nach oben zu entwickeln. Hier geschieht es aber anders herum, nämlich von oben nach unten. Ich sehe keine Notwendigkeit, die Berliner Verwaltung, die ganz andere Probleme zu lösen hat, nun auch noch mit weiteren Prüfvorgaben und Vorgaben, was die Beschaffung betrifft, und Steuerungsgruppen, die Personal und Ressourcen binden, was anderswo besser aufgehoben wäre, zu behelligen.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Übrigens fiel kein Wort zu den Folgekosten, die mich ganz besonders interessieren. Haben Sie die Kosten einmal beziffert? Was würde es kosten, wenn man eine Beschaffung mit teuren Produkten machen würde? Die Kosten sind vielleicht der Grund, warum nicht die Mehrheit, sondern eher ein kleiner Teil der Großstädte zertifiziert sind. Überlassen Sie diese Entscheidung lieber den Bezirken. Damit müssen wir uns zunächst wahrlich nicht befassen, nicht prioritär und schon gar nicht dringlich.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Wir sind für freien und fairen Handel. Wir wissen, dass das Thema sehr komplex ist. Wir wissen allerdings auch, dass diese Fairtrade-Kampagne nicht über jeden Zweifel erhaben ist. In der Tat gibt es auch Unternehmen in den entsprechenden Herkunftsländern, die ein besseres Gehaltsniveau garantieren, ohne zertifiziert zu sein. Zudem ist die Zertifizierung ein Kostenfaktor für die betroffenen Unternehmen in den entsprechenden Entwicklungsländern. Es ist auch zu kurz gesprungen, wenn Sie glauben, Sie würden allein damit die Welt retten. Ich denke, das glauben Sie nicht einmal selbst, denn entscheidend für einen fairen Handel sind faire Handelsabkommen. Das ist die entscheidende Grundlage. Darin liegt unserer Ansicht nach der Schlüssel zur Verbesserung der Situation in diesen Ländern.

Befassen Sie sich mit wirklich dringenden Themen, die diese Stadt nach vorne bringen! Wir brauchen keine Wohlfühlanträge. Das können Sie unter sich ausmachen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Betriebe und an den Hauptausschuss empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Dann rufe ich auf

lfd. Nr. 4.3:

Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Die Stelle des Vertrauensanwalts/der
Vertrauensanwältin zur Korruptionsbekämpfung
stärken und zügig neu besetzen**

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der
Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen

Drucksache [18/0076](#)

(Präsident Ralf Wieland)

Der Dringlichkeit hatten Sie bereits eingangs zugestimmt. In der Beratung beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Frau Kollegin Bayram, bitte schön, Sie haben das Wort.

Canan Bayram (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag fordert, die Position der Vertrauensanwältin bzw. des Vertrauensanwalts zu stärken und zu besetzen. Ich will mit einem Zitat des ausgeschiedenen Vertrauensanwalts, Herrn Christoph Partsch, beginnen:

Man kann schon sagen, dass Korruption immer dort auftritt, wo relativ viele staatliche Leistungen verteilt werden, wo relativ wenige Personen damit befasst sind und wo relativ wenig wirtschaftlicher Wettbewerb stattfindet. Da ist eine Stadt wie Berlin, in der es besonders viele Transferleistungen gibt und in der viel Geld durch Landes- wie Bundesbehörden vergeben wird, sehr gefährdet.

Wir haben die Situation, dass der Vertrauensanwalt ausgeschieden ist und dass wir die Stelle neu besetzen müssen. Das ist immer auch eine Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie diese Stelle geschaffen worden ist, wie sie bisher gearbeitet hat und warum wir sie weiterhin brauchen.

2008 wurde auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Debatte darüber gestartet, was beim Thema Korruption eigentlich alles schon an Instrumenten vorhanden ist und wo es noch Lücken gibt, die dazu führen, dass einerseits ein Schaden bei der Verwaltung – also an Steuergeldern –, andererseits ein Schaden bei Unternehmen und beim Wettbewerb entsteht. Nebenbei verdienen daran die Hauptschuldigen, sowohl die Geber als auch – und in erster Linie – die Nehmer, sodass es sehr schwer ist, an Hinweise zur Aufklärung des Sachverhalts zu kommen oder überhaupt eine Ermittlung in Gang zu setzen. Neben den anderen Instrumenten, die wir in diesem Bereich eingesetzt haben, wie der schon vorhandenen Internetplattform, auf der anonym Hinweise gegeben werden können, denen man dann nachgehen kann und auf deren Grundlage gegebenenfalls auch Ermittlungen der Staatsanwaltschaften auf den Weg gebracht werden, sollte es einen Menschen geben, der konkret ansprechbar und fachlich in der Lage ist zu unterscheiden, welche Hinweise Hand und Fuß haben, welchen man nachgehen muss und welche Hinweise vielleicht aus anderen Motiven gegeben werden und keinen echten Verdacht begründen. Bis wir den Vertrauensanwalt hatten, war es ein langer Weg. Wer sich dafür interessiert, wie die Arbeit verlaufen ist, kann sich das Wortprotokoll des Rechtsausschusses dazu mal zu Gemüte führen. Dort hat uns der mittlerweile ausgeschiedene Vertrauensanwalt sehr detailliert darüber informiert, wie gut die Arbeit funktioniert hat.

Dennoch müssen wir uns klarmachen, dass das natürlich nur ein Mosaikstein auf dem Weg der Korruptionsbekämpfung ist. Deswegen will ich noch einmal aus dem Lagebild der Bundesebene ein paar Dinge herausstellen, was typisch und spezifisch für Korruption ist. Dort werden Kernaussagen getroffen, die ich teilweise benennen will. Z. B. geht es um die korruptive Verbindung zwischen Geber und Nehmer, die langfristig angelegt ist. Als Beispiel dafür, wie so etwas über einen langen Zeitraum großen Schaden herbeiführen kann, wird gerade vor Gericht in Berlin gegen den Mitarbeiter des Landesamtes für Gesundheit und Soziales verhandelt, der sich über einen sehr langen Zeitraum hat bestechen lassen. Er war in einer sehr verwickelten Situation mit den Auftragnehmern, und es ist auch tatsächlich Geld geflossen. Demnächst wird in diesem Fall eine Entscheidung getroffen. Weiter stellt das Lagebild darauf ab, dass die Erfolge in der Bekämpfung der Korruptionskriminalität davon abhängen, dass auch die Bundesländer alle Instrumente einsetzen, um dagegen vorzugehen. Da ist das Instrument des Vertrauensanwalts auch ein bewährtes.

Da wir heute in der schönen Situation sind, dass derjenige, der seinerzeit noch als Abgeordneter den Antrag eingebracht hat, nämlich Dirk Behrendt, derjenige sein wird, der als Senator diese Aufgabe mit betreuen wird, freue ich mich sehr darauf, wenn wir uns im Rechtsausschuss dieses Thema wieder vornehmen, sobald wir eine Besetzung haben. Dann werden wir weiter im Land Berlin gut gegen Korruption kämpfen. Darauf freue ich mich. – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Jörg Stroedter (SPD)]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion folgt jetzt der Kollege Rissmann.

Sven Rissmann (CDU):

Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann da anfangen, wo mein Kollege von der FDP-Fraktion beim vorigen Tagesordnungspunkt auch anfangen musste. In Zeiten, in denen der islamische Terror unsere Stadt erreicht hat, die Flüchtlingskrise in Deutschland, aber auch in Berlin ungelöst ist, das Berliner Schulsystem bundesweit abgehängt ist, die Menschen bezahlbaren Wohnraum suchen, der Verkehrsinfarkt eingetreten ist und – um es auch an dieser Stelle zu sagen – hauptamtliche Mitarbeiter des SED-Unterdrückungsapparats in Regierungsverantwortung bestellt werden, sieht diese Linkskoalition als Priorität der politischen Diskussion die Behandlung des Vorgangs „Die Stelle des Vertrauensanwalts zur Korruptionsbekämpfung stärken und zügig neu besetzen“. Das spricht für sich und ist

(Sven Rissmann)

mehr als nur eine Peinlichkeit für dieses Dreierbündnis. Wenn man dann noch in Erinnerung rufen darf, dass der Vertrauensanwalt zur Korruptionsbekämpfung einst im breiten Konsens geschaffen wurde und allseits als sinnvolle Ergänzung zur Arbeit der Staatsanwaltschaft und anderer Stellen gewertet wurde, dann wirkt diese Anmeldung als Priorität einfach nur lächerlich und entlarvend.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Lächerlich ist es zudem, weil der grüne Justizsenator sich einfach anschicken kann, diese Stelle zügig neu zu besetzen – wie Sie es nennen. Oder will er das nicht? Wozu bedarf es eigentlich dieses Parlamentsantrages?

[Sebastian Czaja (FDP):

Weil sie es ihm nicht zutrauen!]

Dadurch wird es im Zweifel nur länger dauern, da ja nun die weitere parlamentarische Behandlung in den Ausschüssen und so weiter ansteht.

Da kommen wir jetzt zu dem Schluss: Es ist lächerlich. Niemand braucht diesen Antrag.

[Holger Krestel (FDP): Doch, die Grünen!]

Niemand braucht diesen Antrag, es sei denn, Sie wollen uns sagen, dass gerade Ihr neu ernannter Justizsenator diesen Impuls benötigt, was ich zugegebenermaßen nicht glaube, Herr Behrendt, denn ich erinnere mich daran, dass Sie als Abgeordneter dieses Vorhaben auch wohlwollend begleitet haben. So schnell wird sich auch bei Ihnen durch das Sein das Bewusstsein nicht geändert haben.

[Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

Der Antrag ist entlarvend. Wenn das Ihre Priorität, Ihr Schwerpunkt, Ihr Aufschlag in der Rechtspolitik unserer Stadt ist, wenige Wochen, nachdem sich diese Koalition gefunden hat, dann kann man nur feststellen: Ihr gemeinsamer Nenner ist sehr, sehr klein. Von einer gemeinsamen Vision, einer Idee, einem Projekt ist nichts zu erahnen. Sie setzen konsequent die schlechteste und langweiligste und kleinteiligste Koalitionsvereinbarung aller Zeiten auch in der Rechtspolitik durch. Sie beweisen einmal mehr, dass Sie ein ganz sicheres Gespür dafür haben, wo die Probleme der Menschen und Institutionen in unserer Stadt nicht liegen. Und Sie haben keine Zukunft. Wenn der Anfang von etwas Neuem der Rückgriff auf etwas Altes ist, weil es an einer gemeinsamen großen Linie fehlt, dann wird das scheinbar Neue sehr schnell sehr alt sein.

Schließlich: Dass, was der Senator mit einer Unterschrift in Gang setzen könnte, ist sicher keine Priorität für eine Behandlung im Abgeordnetenhaus, zumal es nahezu unstrittig sein dürfte. Es zeigt nur eins, nämlich dass Sie von diesem Linksbündnis die Prioritäten in unserer Stadt nicht im Blick haben.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Präsident Ralf Wieland:

Für eine Zwischenbemerkung hat jetzt Frau Kollegin Bayram das Wort.

Canan Bayram (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

[Holger Krestel (FDP): Oh, oh,
das hört sich schon nach etwas Schlimmem an!]

– Ja, das ist wirklich – – Man ist so hin- und hergerissen, ob man Sie daran erinnern soll, dass die Regierung heute eine Regierungserklärung durch den Herrn

[Sebastian Czaja (FDP): Na? –
Paul Fresdorf (FDP): Wie heißt er denn?]

Regierenden Bürgermeister genau mit den Themen behandelt hat, die Sie jetzt anmahnen, die wir als Priorität nicht angemeldet haben, oder ob man jetzt fragen soll, welche Themen Sie denn eigentlich angemeldet haben. Wenn ich davon ausgehe, dass das Ihre einzigen Kritikpunkte sind, mit denen Sie meinen, hier irgendwie voranzukommen, könnte ich sagen: Ja, das Bild, das die Opposition hier abgibt, ist auch kein schickes. Der eine sagt immer nur Tegel, der andere hat noch nie eine Unisextoilette benutzt,

[Lachen bei der CDU, der AfD und der FDP]

na ja, und der Herr Dr. Graf ist jetzt gerade nicht mehr hier dabei.

[Holger Krestel (FDP): Und ich soll
mich auch entschuldigen, oder was? –
Weitere Zurufe von der CDU und der FDP]

Da fragt man sich wirklich: Sie als Opposition, wie glänzen Sie denn? Wo sind denn Ihre inhaltlichen Argumente?

Eins muss ich auch sagen: Herr Kollege Rissmann, der Sie seit so vielen Jahren im Rechtsausschuss sitzen, wenn selbst Sie nicht verstanden haben, dass gerade das Korruptionsthema und das Thema Vertrauensanwalt davon leben, dass wir immer wieder darüber reden und dass wir immer wieder für den Vertrauensanwalt werben – das hat selbst der ausgeschiedene Vertrauensanwalt eingefordert, dass sich das in der Stadt herumsprechen muss –, und wenn es Ihnen gleichgültig ist, wie viele Steuergelder in diesem Land auch unter der Verantwortung Ihres Ex-Senators Czaja den Bach runtergegangen sind, ja, dann können Sie sich hier zurücklehnen und sagen: Ist mir doch egal, was hier passiert. – Wir haben viel vor, und machen Sie sich mal keine Sorgen. Trotz Ihrer teilweise – –

[Sebastian Czaja (FDP):
Müssen Sie nicht zur Sache reden? –
Zurufe von der CDU und der FDP:
Zur Sache!]

(Canan Bayram)

– Ja, pubertierende Jungs reden hier.

[Heiterkeit bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN –
Zurufe von der CDU und der FDP]

Trotzdem: Wir werden inhaltliche Politik machen.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN]

Und ich sage Ihnen auch: Sie können hier Ihre Mobbing-
Spiele – ich meine, dass Sie sich nicht noch in den Armen
liegen, ist ja alles – weiter fortsetzen.

[Lachen bei der CDU, der AfD und der FDP]

Wir werden uns von unserem Gesellschaftsmodell, wie
Zusammenleben geht und wie offene Gesellschaft geht,
nicht von so ein paar grölenden,

[Sebastian Czaja (FDP): Ja, jetzt!]

manchmal auch im Ton prolligen Herren in schicken
Anzügen abbringen lassen.

[Zurufe von der CDU und der FDP]

Wir werden unsere Prioritäten weiter so setzen, wie wir
sie richtig finden, und wenn Sie sich darüber ärgern, dann
muss ich das aushalten, weil das zur Demokratie gehört.
Aber Sie werden unsere Tagesordnung niemals bestim-
men, und das wissen Sie auch.

[Ah! von der CDU, der AfD und der FDP]

Deswegen: Poltern sie weiter!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Rissmann!

Sven Rissmann (CDU):

Verehrte Frau Kollegin Bayram! Zunächst darf ich mich
bedanken. Als Mann in meinem Alter ist es ein schmei-
chelndes Kompliment, noch mal jugendlich wahrgenom-
men zu werden. – Vielen Dank dafür!

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Soweit Sie sich so gekonnt über unsere Kleidung ausei-
nandergesetzt haben, fürchte ich, dass das Kompliment
meinen Kollegen von der FDP gilt. Die haben deutlich
bessere Anzüge an als wir.

[Heiterkeit bei der CDU und der FDP –
Canan Bayram (GRÜNE):
Das ist mir nicht aufgefallen!]

Aber daran können wir noch arbeiten. Das wird auch bei
uns noch besser werden.

In der Sache ist das eine reine Nebelkerzenpolitik, die Sie
betreiben, weil – ich antizipiere das mal, die AfD wird

sich dort nicht anders verhalten – es gar keine Fraktion
gibt, die den Vertrauensanwalt nicht will, sondern alle
Fraktionen wollen diesen Vertrauensanwalt.

[Canan Bayram (GRÜNE):
Dann können Sie ja zustimmen!]

Wir Christdemokraten haben in der letzten Wahlperiode
diesen Vertrauensanwalt unterstützt. Wir haben ihn in der
Wahlperiode davor mit eingerichtet. Es ist vielmehr so,
dass ich Ihnen sehr dankbar bin, dass Sie Ihre Prioritäten
so vor der Öffentlichkeit definieren und dokumentieren.
Unsere Priorität als Christdemokraten in den heutigen
Zeiten ist, dass wir Sie und Ihren Senat zwingen wollen,
endlich mehr Videoüberwachung vorzunehmen. Ihre
Priorität sind Unisextoiletten, Fair Trade und der Ver-
trauensanwalt. Das spricht für sich, und das können wir
gern die nächsten Monate und Jahre für die Öffentlichkeit
so dokumentieren. Ich bin mir sicher, dass die Bevölke-
rung ein gutes Verständnis dafür haben wird, um ent-
scheiden zu können, wer das richtige Gespür für die tat-
sächlichen Probleme dieser Stadt hat.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP –
Zuruf von der AfD: Bravo!]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Jetzt kommt Herr Kollege Kohlmeier für
die SPD-Fraktion dran. Wenn ich mir das zu sagen erlau-
ben darf: Sieht auch wieder schick aus!

[Heiterkeit –
Heiko Melzer (CDU): Ja,
hat auch einen guten Anzug an! –
Holger Krestel (FDP): Der ist von Boss, das sehe ich!]

Sven Kohlmeier (SPD):

Herzlichen Dank, Herr Präsident! – Sie werden Ver-
ständnis dafür haben, Herr Präsident, dass ich mich zu
Kleidungsfragen besser nicht äußere.

[Heiterkeit]

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ging eigentlich
davon aus, dass wir mit diesem Antrag, den wir heute
vorlegen, zwischen Regierung und Opposition Einigkeit
herstellen und dass wir der Auffassung sind, dass die
Bekämpfung der Korruption in unserem Bundesland
wichtig ist.

[Beifall von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

Lieber Kollege von der CDU! Ich habe gerade noch mal,
während Sie sich so ein bisschen über Kleidungsstile
ausgetauscht haben, kurz nachgeschaut, wie der helden-
hafte Aufschlag der rot-schwarzen Koalition 2012 war.
Der hat im Rechtsbereich mit dem Sechsten Gesetz zur
Änderung des Senatengesetzes begonnen. Ich glaube,
dass das kein großartiger, heldenhafter Aufschlag war,
wenn er auch die Berliner bewegt hat, und zwar deshalb,

(Sven Kohlmeier)

weil ein Justizsenator noch nie so schnell wieder gegangen ist. Also das Thema, das Sie damals aufgerufen haben, war auch kein besonderer Knaller.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Zweites Thema: Friedrich der Große – das Friedrichjahr! – Das war höchstwahrscheinlich von erheblicher Wichtigkeit, aber möglicherweise gab es auch damals, 2012, für die Berlinerinnen und Berliner andere Themen.

Ein drittes Thema, das Sie in der Liste der Parlamentsdokumentation finden: 775 Jahre Stadtjubiläum! – Ebenfalls ein wichtiges Thema. Also ich sehe es ein bisschen anders als Sie. Ich glaube, dass eine Koalition zu Anbeginn durchaus Themen aufrufen kann, und viele Themen werden sich auch im Laufe der Jahre noch entwickeln.

[Cornelia Seibeld (CDU): Dass die SPD nicht regiert, wussten wir auch vorher schon!]

Wir wollen mit unserem Antrag den Senat auffordern, die Stelle des Vertrauensanwaltes oder der Vertrauensanwältin zur Korruptionsbekämpfung zügig und transparent wieder neu zu besetzen. Die Stelle wurde 2011 erstmalig ausgeschrieben und von der damaligen Justizsenatorin Gisela von der Aue auch besetzt. Und ein Rechtsanwalt hatte diese Stelle fünf Jahre bis Mai 2016 inne. Und natürlich ist schon die Frage, auch für diese Koalition: Warum wurde die Stelle 2016 im Mai nicht wieder neu besetzt? Der damalige Justizsenator ist nicht mehr in diesem Hause, sodass wir ihn nicht fragen können. Ihm ist es jedenfalls nicht gelungen, diese Stelle zu besetzen. Und wenn es so einfach gewesen wäre, liebe Kollegen von der Opposition, dann hätte es der damalige Justizsenator ja machen können.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Die rot-rot-grüne Koalition hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Stelle hier neu zu besetzen, und zwar in einem transparenten Verfahren. Die Korruptionsbekämpfung im Land Berlin basiert auf vier Säulen. Die erste Säule ist die Spezialabteilung der Staatsanwaltschaft zu korruptionsrelevanten Sachverhalten. Die zweite Säule ist bei der Generalstaatsanwaltschaft eine Zentralstelle für Korruptionsbekämpfung. Die dritte Säule ist eine Antikorruptionsabteilung der Senatsabteilung für Justiz. Und die vierte Säule ist der Vertrauensanwalt oder die Vertrauensanwältin, der oder die derzeit fehlt. Deshalb ist es richtig, dass diese Stelle wieder zügig besetzt und ausgefüllt wird.

Im Land Berlin gab es 2015 ca. 100 Korruptionsverfahren mit 170 Beschuldigten. Für die Zahlenfetischisten hier, insbesondere von der AfD: 100 000 Strafverfahren gab es 2005, macht 0,1 Prozent. So viele Strafverfahren waren Korruptionsverfahren. Mit anderen Worten, was ich damit sagen will: Berlin ist nicht die Hauptstadt der Korruption.

[Florian Swyter (FDP): Doch! –
Sebastian Czaja (FDP): Hier läuft doch
alles wie geschmiert! –
Heiterkeit bei der FDP]

Und beim Korruptionsanwalt sind 84 Korruptionsfälle gemeldet worden, 14 Fälle davon wurden weitergeleitet.

Nun kann man möglicherweise fragen, ob die wenigen Fälle einen Vertrauensanwalt oder eine Vertrauensanwältin für Korruptionsbekämpfung rechtfertigen. Ich sage und die Koalition sagt: ja. Und ich habe die Opposition bisher, zumindest soweit sie in diesem Haus vertreten war, so verstanden, dass sie das ebenfalls so sieht. Wir brauchen diese Stelle, denn wir wollen jede Möglichkeit und jeden Weg nutzen, damit Korruption gemeldet werden kann und verfolgt wird. Jeder Berliner, jede Berlinerin, jede Mitarbeiterin, jeder Mitarbeiter, jeder Beschäftigte kann sich vertraulich an den Vertrauensanwalt wenden, um einen Verdacht auf Korruption oder Korruptionstatbestände mitzuteilen. Es hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass dies auch erfolgreich genutzt wird. Befürchtung von Denunziationen oder falsche Verdächtigungen haben sich nicht bestätigt.

Wir werden den Antrag im Ausschuss beraten. Ich habe tatsächlich die Hoffnung, dass auch die Opposition bei diesem Antrag nicht in den typischen Reflex verfällt, den Antrag abzulehnen, weil er von der Regierung kommt, sondern unser Anliegen hier unterstützt, für die Korruptionsbekämpfung in Berlin die vierte Säule endlich wieder auf einen festen Sockel zu stellen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die AfD-Fraktion hat jetzt Dr. Berg das Wort. – Bitte schön!

Dr. Hans-Joachim Berg (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie kann man einer im Grunde guten Sache möglichst großen Schaden beifügen? – Indem die falschen Leute zur falschen Zeit die Sache aufgreifen.

[Vereinzelter Beifall bei der AfD –
Beifall von Holger Krestel (FDP) –
Sven Rissmann (CDU): Genau!]

Lassen Sie mich zunächst zum falschen Zeitpunkt kommen! Es ist wirklich grotesk, dass diese Koalition ausgerechnet jetzt das augenscheinlich zentrale Thema der Berliner Politik, den bisher von kaum jemandem zur Kenntnis genommenen Vertrauensanwalt, als dringlichen Antrag in diese Plenardebatte gedrückt hat. Meine Fraktion hat bewusst darauf verzichtet, die Frage der wirklichen Dringlichkeit dieses Antrags im Sinne von § 59 unserer Geschäftsordnung zu problematisieren. Nein, wir wollen

(Dr. Hans-Joachim Berg)

schon, dass die Bürger unserer Stadt erfahren, was diese Koalition in der gegenwärtigen Situation unserer Stadt für dringlich hält. Unsere Stadt ist vor keinen vier Wochen Ziel des gewalttätigsten islamisch motivierten Terroranschlags in unserem Lande geworden. Da gab es keine Dringlichkeit mit angemessenen konkreten Sicherheitsvorkehrungen, die zur Sicherheit unserer Bürger beitragen hätten. Da gab es keine Dringlichkeit mit deutlicher Führung und Richtlinienkompetenz. Dringlich war aber dem Herrn Justizsenator ausgerechnet die Einführung abstruser Klosettkategorien.

[Heiterkeit und Beifall bei der AfD –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Nicht schon wieder!]

Ja, so kann man Prioritäten setzen. Und wir sagen: In den vergangenen Wochen hat diese Koalition so gut wie alle Prioritäten in den Sand gesetzt.

[Beifall bei der AfD –
Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Zur Sache!]

So falsch wie der Zeitpunkt sind die politischen Kräfte, die sich ausgerechnet jetzt des Vertrauensanwaltes bemächtigen wollen. Wahrscheinlich wird es nicht nur mir so gegangen sein, als ich Ihren Antrag zum ersten Mal überflog und die Stichworte „dringlich“ und „Korruptionsbekämpfung“ las. Alle Achtung, konnte man meinen, der Senat schafft es zwar nicht, seinen Stasi-Staatssekretär zu entlassen, aber jetzt machen die wenigstens Schluss mit der Korruptionsaffäre um den Leiter der Senatskanzlei. – Das war offensichtlich zu optimistisch. Aber wir sind dennoch dankbar, dass diese Koalition selbst das Thema Korruptionsbekämpfung aufgreift. Denn Ihre Partei, Herr Regierender Bürgermeister, ist es doch, bei der jedem Berliner Bürger das Stichwort vom roten Filzhaus einfällt.

Herr Regierender Bürgermeister! Wenn Sie das Thema Korruptionsbekämpfung wirklich so ernst meinen würden, wie es der Koalitionsantrag vorspielen will, könnten Sie gleich bei sich in Ihrem Senat damit anfangen.

[Beifall bei der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der FDP –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Jetzt würde ich mal ganz vorsichtig sein!
Werden Sie mal konkret! Sind wir wieder im Postfaktischen? –
Zuruf von den Grünen: Unglaublich!]

Sie entsorgen einen Bausenator, dessen Offenheit für Spenden von Bauinvestoren legendär ist, ausgerechnet als Innensenator. Sie halten einen Staatssekretär, dessen Verhältnis zur Korruption Gegenstand staatsanwaltlicher Ermittlungen ist. Dieses Haus wartet im Übrigen immer noch auf die Beantwortung der Frage, wann und wie der Leiter Ihrer Senatskanzlei von den Korruptionsuntersuchungen der Staatsanwaltschaft gegen ihn erfahren hat und wann und wie er seiner Beamtenpflicht nachgekommen ist, den Regierenden Bürgermeister davon zu unterrichten.

Und weil wir gerade bei Ihren Staatssekretären sind: Sie halten einen Staatssekretär, der ein sehr eindeutiges Verhältnis zur Staatssicherheit der DDR hat. Und sie halten eine Staatssekretärin, die ein bedeutend weniger eindeutiges Verhältnis zum Islamismus hat.

[Heiterkeit von Stefan Franz Kerker (AfD)]

Die Einbettung Ihres sogenannten Dringlichkeitsantrags in das allumfassende Fehlstartszenario dieser Koalition ist in allem auch ein Tord, den Sie der Institution des Vertrauensanwalts antun. Die zahlenmäßig sehr spärlichen Erfahrungen des Vertrauensanwalts gaben bisher keinen Anlass, die Aufgabe zu überschätzen. Auch nach unserer Auffassung lohnt es sich, in den Ausschussberatungen über weitere Details – und ich denke hier insbesondere an die breitere Bekanntmachung des Vertrauensanwalts – zu einem Konsens zu kommen. Mit der Institution eines Vertrauensanwalts kann sich meine Fraktion auch deshalb durchaus anfreunden, weil in unseren Landes- und Bundesprogrammen ganz ähnliche Vorstellungen zu einer sauberen öffentlichen Verwaltung beschlossen sind. So fordern wir, die Steuerverschwendung als Straftatbestand zu erfassen und einen unabhängigen Amtsankläger einzuführen.

[Beifall bei der AfD]

Besonders aufmerksam hat uns in Ihrem Antrag gemacht, dass Sie die Stelle zügig neu besetzen wollen. Wenn das dann auch noch in einem dringlichen Antrag eingebunden wird, sollten bei allen Bürgern die Alarmglocken läuten. In einer von tiefrotem Filz durchdrungenen Stadt

[Regina Kittler (LINKE): Ach!]

werden wir als Opposition mit höchster Aufmerksamkeit darauf achten, mit welcher Personalie diese dringliche und zügige Besetzung verbunden wird. Seien Sie sich sicher, dass es Ihnen nicht gelingen wird, unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der Öffentlichkeit

[Canan Bayram (GRÜNE): Wir wollen es doch transparent machen, mein Gott!]

irgendwelche bei Senats- oder Bezirksamtsposten zu kurz gekommenen als Vertrauensanwalt mit einem Trostpflaster zu versorgen! Ich hoffe, dass Sie nicht einmal darüber nachdenken, etwa die wegen ihrer linksextremistischen Unbelehrbarkeit als Stadträtin durchgefallene Parteifreundin als Anwältin für eine saubere Verwaltung wiederaufstehen zu lassen. Auch deshalb wird meine Fraktion mit Überzeugung der Überweisung in den Rechts- und in den Hauptausschuss zustimmen. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Marcel Luthe (FDP)]

Präsident Ralf Wieland:

Für die Fraktion Die Linke hat jetzt Herr Schlüsselberg das Wort.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Eine Vorbemerkung: Das ist schon ziemlich bedauerlich, dass die Opposition so wenig zur Sache spricht. Ich glaube, die Berlinerinnen und Berliner erwarten von uns sachorientierte Diskussionen und nicht ein Abschweifen zu Themenstellungen, die hier gar nicht zur Sache stehen.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD –

Frank-Christian Hansel (AfD): Die aber relevant sind!]

Kommen wir zum Vertrauensanwalt: Er hat sich als vierte Säule der Berliner Korruptionsbekämpfung aus unserer Sicht bewährt. Laut der Aussage des bisherigen Vertrauensanwalts Partsch ist die Zahl der Hinweise zuletzt stark gestiegen. So hat er es in der „Berliner Zeitung“ gesagt. Das wundert mich nicht. In Berlin erleben wir vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt nicht zuletzt einen Boom im Baugewerbe. Und es ist kein Geheimnis, dass gerade das Baugewerbe äußerst anfällig für Schmiergeldzahlungen oder Steuer- und Abgabetricks ist. Damit kein Missverständnis aufkommt: Hier soll niemand unter Generalverdacht gestellt werden, aber die vorliegenden Erkenntnisse, die uns das Bundeslagebild Korruption regelmäßig zur Verfügung stellt, sprechen da nun mal leider eine deutliche Sprache.

Das zeigt, es ist gut, dass Whistleblower einen direkten Ansprechpartner haben, auf dessen Verschwiegenheit sie sich verlassen können, und genau darauf kommt es gerade bei diesem sensiblen Thema an. Bei der Korruptionsbekämpfung sind wir in besonderer Weise auf Whistleblower angewiesen. Und ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich und hoffentlich im Namen des gesamten Hauses bei all diesen Whistleblowern für ihren Mut bedanken. Sie leisten unserer Demokratie einen unschätzbaren Dienst.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Das tun sie deshalb, weil Korruption nicht nur ein strafrechtliches oder fiskalisches Problem ist. Korruption ist auch ein Angriff auf die Grundwerte unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates, denn wo Aufträge, Genehmigungen oder Straffreiheit käuflich sind, gehen die Geschäftsmoral und das Vertrauen in Rechtsstaat und Politik kaputt. Das dürfen wir nicht zulassen, und die Koalition wird es nicht zulassen!

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den GRÜNEN]

Deswegen – lieber Kollege Rissmann, eine kleine Bemerkung – ist dieser Antrag auch nicht unwichtig, im Gegenteil. Und ich finde, gerade die Berliner CDU, die Partei des Herrn Landowsky, sollte Korruptionsbekämpfung besonders ernst und wichtig nehmen.

Deswegen ist es auch dringend erforderlich, dass wir die Position zügig neu besetzen. Laut Bundeskriminalamt summierten sich im Jahr 2014 bundesweit die finanziellen Schäden, die durch Korruption entstanden, im Schnitt auf 270 Millionen Euro. Zum Vergleich: Das ist mehr Geld, als wir im Jahr 2016 in Berlin für die Förderung des Wohnungsbaus angesetzt hatten. Und erschwerend kommt hinzu, dass nur wenige Fälle überhaupt bekannt werden. Experten schätzen, dass die Dunkelziffer bei 90 Prozent liegt. Die Zeche zahlen wir, zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Und das können wir nicht länger hinnehmen.

Die Koalition wird deswegen zügig handeln, um die vierte Säule der Berliner Korruptionsbekämpfung wieder handlungsfähig zu machen. Klar ist aber auch, dass das Thema Korruptionsbekämpfung damit nicht erledigt ist. Wir sollten regelmäßig überprüfen, ob die Rahmenbedingungen bei der Staatsanwaltschaft ausreichen, um diese wichtige Aufgabe erledigen zu können. Der Deutsche Richterbund hat wiederholt darauf hingewiesen, dass nicht genügend Personal für die Ermittlung und auch die späteren – zum Teil hochkomplexen – Verfahren vorhanden ist. Und hier müssen wir also ganz genau hinsehen und ggf. auch nachsteuern.

In diesem Sinne sollten wir die heutige Debatte als einen Auftakt ansehen und das Thema nicht aus den Augen verlieren. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit! Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Danke schön! – Für die FDP-Fraktion jetzt Herr Krestel!

Holger Krestel (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß zwar auch nicht wirklich, warum dieser Antrag der Grünen hier als Priorität gesetzt wird, wenn –

[Canan Bayram (GRÜNE): Weil wir den
angemeldet haben!]

– Ja, ich habe gewusst, dass ich den ersten Satz nicht zu Ende bekomme, Frau Bayram, ohne dass Ihnen schon wieder etwas dazu einfällt,

[Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der AfD –
Canan Bayram (GRÜNE): Weil Sie so komisch
angefangen haben!]

aber ich sage jetzt trotzdem mal den Rest davon: Das ist, könnte man meinen, ein gewisses Misstrauen gegenüber dem von der eigenen Fraktion gestellten Justizsenator.

[Steffen Zillich (LINKE): Der kommt damit klar! –
Canan Bayram (GRÜNE): Keine Sorge!]

(Holger Krestel)

Der wird das doch sicherlich von sich aus tun, aber gut, die Probleme lösen Sie bitte unter sich.

Korruption ist für uns von der FDP das schleichende Gift, das wie ein Krebsgeschwür die Seriosität und letztlich die Leistungsfähigkeit jeder Organisation außer Kraft setzen kann. Insofern unterstützt die FDP jede sinnvolle Maßnahme, Korruption zu bekämpfen und Tätern sowohl auf der passiven als auch auf der aktiven Seite auf die Spur zu kommen und die Täter letztlich ihrem gesetzlichen Richter zuzuführen. Wir können bei diesem Antrag von der Sache her schon mitgehen, nur werden wir hier auch sehr genau darauf achten, wie das Personalauswahlverfahren durchgeführt wird und wer dort letztlich diese Position besetzen wird.

[Canan Bayram (GRÜNE): Richtig!]

Weiterhin möchte ich Ihnen aufgrund persönlicher Erfahrungen bescheinigen, dass eine dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages ähnliche Figur viel dazu beitragen kann, diffizile Sachverhalte aus dem Untergrund von Großorganisationen an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. Was wir jedoch nicht möchten, ist ein munterer Denunziantenstadl, in dem man sich anonym mit der Gewissheit äußern kann, dass daraufhin gegen dritte Personen fröhlich ermittelt wird. Jeder, der einen anderen in unserem Gemeinwesen bei einer staatlichen Institution anzeigt, muss dann auch das Visier hochklappen und seinen Namen dafür hergeben. Weiter gefragt: Wieso heißt das dann überhaupt Vertrauensanwalt oder Vertrauensanwältin, wenn man dort nicht mal den Namen angeben soll oder muss? Wer dieser Institution so wenig vertraut, der sollte den Kontakt mit diesem Anwalt dann doch eher vermeiden.

[Canan Bayram (GRÜNE): Das ist nicht Ihr Ernst, oder?]

– Doch, das ist mein Ernst, Frau Bayram! – Der bereits von mir – da haben Sie noch genickt, Frau Bayram – erwähnte Wehrbeauftragte des Bundestages bearbeitet übrigens ganz grundsätzlich keine anonymen Beschwerden, und dieser Standard würde auch dem Land Berlin besser anstehen. Insofern werden wir da noch verschiedene Auseinandersetzungen haben. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP –

Vereinzelter Beifall bei der CDU und der AfD]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung und an den Hauptausschuss empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so!

Ich rufe auf

lfd. Nr. 4.4:

Priorität der AfD-Fraktion

Tagesordnungspunkt 22

Öffentlichkeitsfahndung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache [18/0068](#)

In der Beratung beginnt die AfD-Fraktion. – Herr Dr. Curio! Bitte schön, Sie haben das Wort!

Dr. Gottfried Curio (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Die AfD beantragt, der Senat solle sich dafür einsetzen, dass Öffentlichkeitsfahndung bei gegebenen Voraussetzungen regelhaft und frühzeitig durchzuführen ist. Wir wollen nie wieder erleben, was sich Behörden beim U-Bahntreter von Neukölln an Fehlbeurteilung und Untätigkeit geleistet haben. Da wird eine Frau ohne Anlass hinterrücks mit einem Fußtritt die Treppe runtergestoßen, was Tod durch Genickbruch bedeuten kann. Trotz optisch bester Kenntlichkeit des Täters auf dem Überwachungsvideo und trotz des lebensgefährdenden Charakters der Tat und der bei dieser anonymen Gewaltbereitschaft gegebenen Wiederholungsgefahr geschieht nichts. Es wird keine Öffentlichkeitsfahndung eingeleitet – sechs Wochen lang nicht. Wohlgemerkt: Die Voraussetzung für den Einsatz dieser erfolgreichsten Fahndungsmethode war gegeben – die Erheblichkeit der Tat. Wir fragen: Haben die Behörden es versäumt, nach Maßgabe des Gesetzes zu handeln? Reicht das Gesetz nicht aus, das hier nötige Handeln zu fordern? Unser Antrag soll bei dem abhelfen.

Oder müssen wir weiterfragen: Wird in Berlin der staatliche Schutzauftrag vorrangig als Täterschutz verstanden? Gibt es Informationen der Öffentlichkeit nur politisch vorsortiert?

Die Ausreden der Behörde widerlegen sich selbst, man sei anfangs, drei Wochen lang, von bloßen Schürfwunden ausgegangen – falsch: Die Erheblichkeit der Tat war aufgrund der das Leben gefährdenden Handlung sofort erkennbar. Relevantes Kriterium ist der maximal mögliche Taterfolg, hier: Todesfolge.

Man habe während weiterer drei Wochen die Verwertbarkeit der Aufnahme prüfen müssen – unglaublich: Sie ist ein Modellbeispiel an Aussagekraft. Man habe das Persönlichkeitsrecht des Opfers wahren müssen – unzutreffend: Das Opfer selbst war nicht erkennbar. Sein Recht ist nicht berührt. Man habe erst andere Fahndungsmethoden ausprobieren müssen – nein: Wenn andere Mittel erheblich weniger Erfolg versprechen ist Öffentlichkeitsfahndung unmittelbar zulässig. Mit all dem sei man gerade fertig geworden, als das Video der Presse